

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Georg Schmid, Karl Freller, Renate Dodell, Alexander König, Thomas Kreuzer** und **Fraktion (CSU)**,

Thomas Hacker, Dr. Andreas Fischer, Jörg Rohde, Tobias Thalhammer, Dr. Otto Bertermann und **Fraktion (FDP)**

Zeichen gegen eine Relativierung des DDR-Unrechts setzen – Aufklärung über DDR-Unrecht auf hohem Niveau beibehalten

Der Landtag wolle beschließen:

Eine Studie des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin kommt zu folgendem Schluss: „Von allen befragten Schülern in dieser Studie wissen die bayerischen Schüler am meisten und sehen die DDR am kritischsten.“

Die Staatregierung wird aufgefordert, alles zu tun, damit die bayerischen Schülerinnen und Schüler diesen hohen Kenntnisstand und ihr klares Wertebewusstsein beibehalten. Dies ist unverzichtbare Voraussetzung dafür, dass auch künftige Generationen ein richtiges Bild vom totalitären und rechtsstaatsfeindlichen Charakter der DDR haben.

20 Jahre nach dem Mauerfall sind im öffentlichen Bewusstsein die Verbrechen der SED-Diktatur vielfach in Vergessenheit geraten. Führende Bundes- und Landespolitiker haben in jüngster Zeit zudem versucht, das in der DDR begangene Unrecht zu relativieren:

So weigerte sich die gescheiterte SPD-Bundespräsidentenkandidatin Gesine Schwan im Vorfeld der Bundesversammlung, die DDR eindeutig als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Auch die Äußerung von Mecklenburg-Vorpommerns Ministerpräsident Erwin Sellering, es sei verfehlt, „die DDR als totalen Unrechtsstaat zu verdammen, in dem es nicht das kleinste bisschen Gutes gab“, zeigt die Absicht, sich auf Kosten der geschichtlichen Wahrheit mit populistischen Parolen bei Linksradikalen und DDR-Nostalgikern anzubiedern.

Eine solche Verharmlosung des staatlichen Unrechts der DDR stellt eine Verhöhnung der 1.245 Toten an der innerdeutschen Grenze bis 1989 sowie der bis zu 100.000 wegen eines Fluchtversuchs festgenommenen Opfer der DDR-Diktatur dar. Wenn solche Behauptungen das allgemeine öffentliche Bewusstsein über die DDR verändern, geraten die Errungenschaften rechtsstaatlicher Demokratie und die Abschreckung vor Unrechtsregimen in Vergessenheit.

Die Studie des Forschungsverbunds SED-Staat der Freien Universität Berlin weist nach: Erst ein konkretes Wissen über das DDR-System lässt die Schülerinnen und Schüler den Unrechtscharakter des SED-Staates klar erkennen.